



N i e d e r s c h r i f t

über die 11. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 01.12.2021 in der Wahlperiode 2019/2023

Sitzungsraum: Bremerhaven, Foyer der Stadthalle
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:43 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Kurutlu
Frau Stadtverordnete Mollenhauer
Frau Stadtverordnete Reimelt
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Herr Stadtverordneter Müller
Herr Stadtverordneter Strauch
Frau Stadtverordnete von Twistern
Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion DIE GRÜNEN PP

Frau Stadtverordnete Coordes
Frau Stadtverordnete Fensak
Herr Stadtverordneter Kaminiarz
Frau Stadtverordnete Stephan-Titze

BIW-Fraktion

Frau Stadtverordnete Tiedemann

Fraktion DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Schröder

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Schriftführung

Herr Adomeit

Entschuldigt:

Herr Stadtverordneter Dr. Brin
Frau Stadtverordnete Kargoscha
Herr Adolf, BIT

Weitere Teilnehmer/innen:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Frau Busch-Cole, BIT

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Personalrat Bauverwaltung:

Personalrat Feuerwehr:

Personalrat Ortspolizeibehörde:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Sprecherin der Frauenbeauftragten

Herr Kieck
Herr Rosenbohm
Herr Schulz
Herr Dreimann
Herr Wall
Frau Rinas
Frau Reck

Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Grantz, begrüßt alle Anwesenden. Für die heutige Sitzung sind folgende Ausschussmitglieder entschuldigt: Herr Dr. Brin, der von Herrn Strauch vertreten wird, und Frau Kargoscha, die von Herrn Müller vertreten wird. Herr Adolf (Betriebsleitung des BIT) ist ebenfalls entschuldigt.

Herr Grantz stellt fest, dass die Einladung, Tagesordnung und die Vorlagen fristgerecht versandt wurden. Am 30.11.2021 erhielten die Ausschussmitglieder per E-Mail eine Tischvorlage für die heutige Sitzung. Auf Vorschlag von Herrn Grantz spricht sich der Ausschuss einstimmig dafür aus, dass die Tischvorlage Nr. 84/2021 „Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen zur Auswertung der sog. Encrochat-Verfahren bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven“ als TOP 4.11 auf die Tagesordnung gesetzt wird.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift**2.1. Genehmigung der Niederschrift der 10. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 09.09.2021****69/2021**

Der Ausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV**3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV****73/2021**

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr Grantz, Herr Kaminiarz, Herr Polansky, Frau Tiedemann

Herr Kaminiarz erklärt, dass er in dem Sachstandsbericht den Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses vom 06.07.2021 zur Stellenhebung des Direktors der Ortspolizeibehörde vermisste. Weiter fragt er den Ausschussvorsitzenden, wie mit dem Beschluss des Verwaltungsgerichts umgegangen werde.

Herr Grantz stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder den Beschluss des Verwaltungsgerichts vor der heutigen Sitzung erhalten haben. Aktuell würden das Dezernat I und das Rechtsamt den Beschluss prüfen. Der Beschluss enthalte allerdings Begründungen, die nicht schlüssig seien. Das Gericht stelle u. a. fest, dass die Stelle des Direktors hätte ausgeschrieben werden und eine Bestenauslese erfolgen müssen. Aus Sicht des Ausschussvorsitzenden liege die Ausschreibungsforderung des Gerichts neben der Sache, da hier keine freie Stelle für eine Ausschreibung vorhanden gewesen sei und der Magistrat und die Verwaltung vielmehr die vom Gesetzgeber vorgenommene Gesetzesänderungen zur Stellenhebung nach B3 umgesetzt hätten. Dabei sei allerdings versäumt worden, rechtzeitig den Personal- und Organisationsausschuss zu beteiligen. Dieser Fehler sollte in der Sitzung am 06.07.2021 geheilt werden. Weiter führt Herr Grantz aus, komme das Gericht in seinem Beschluss zu dem Ergebnis, dass Stellenhebungen in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung fallen würden und nicht, wie bisher, in die des Personal- und Organisationsausschusses. Sofern der Beschluss des Gerichts Bestand hätte, müssten in Zukunft alle Stellenhebungen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Herr Kaminiarz bittet darum, dass der Sachstandsbericht korrigiert werde, wenn der Beschluss des Gerichts Rechtskraft erlangt habe. Außerdem fragt er, ob geprüft worden sei, ob es weitere Ausschussbeschlüsse gebe, die von dem Beschluss des Verwaltungsgerichts betroffen seien. Herr Polansky betont, dass der Beschluss des Verwaltungsgerichts nach erster Einschätzung lediglich einen Einzelfall betreffe.

Frau Tiedemann fragt, welche Konsequenzen es wegen des Fehlers für das Personalamt gebe. Herr Grantz erklärt, dass es im Moment keine Konsequenzen gebe, da u. a. der Beschluss des Gerichts noch keine Rechtskraft habe. Weiter fragt Frau Tiedemann, ob die Rückzahlung der zu viel gezahlten Bezüge von Herrn Götze verlangt werde. Der Oberbürgermeister verweist hierzu auf seine vorherige Antwort.

Herr Jürgewitz möchte wissen, ob der Oberbürgermeister bzw. das Rechtsamt beabsichtigen, Rechtsmittel gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts einzulegen. Nach seiner Auffassung müsste in diesem Fall der Personal- und Organisationsausschuss das Rechtsamt dazu beauftragen. Herr Grantz teilt mit, dass derzeit noch geprüft werde, ob gegen den Beschluss Beschwerde eingelegt werden solle. Der Personal- und Organisationsausschuss werde in der heutigen Sitzung noch gebeten, einen Beschluss zu dieser Thematik zu fassen. Herr Jürgewitz stellt fest, dass die Tagesordnung keinen Hinweis dazu enthalte. Der Oberbürgermeister führt aus, dass dies nicht notwendig sei, unter dem TOP „Verschiedenes“ könne der Beschluss gefasst werden.

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Auszüge: **Amt 11/2, Amt 11/3**

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Stellenhebungen bei der Ortspolizeibehörde zum 01.01.2022

71/2021

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr Grantz, Herr Jürgewitz

Herr Grantz bittet die Ausschussmitglieder aufgrund seiner Erläuterungen zu dem Beschluss des Verwaltungsgerichts unter dem TOP 3.1, den Beschlussvorschlag für diese Vorlage um die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtete Bitte, einen gleichlautenden Beschluss zu fassen, zu ergänzen.

Herr Jürgewitz stellt den Antrag, dass die Ausschussmitglieder über die Stellen des gehobenen Dienstes und des höheren Dienstes getrennt abstimmen.

Zunächst lässt Herr Grantz den Ausschuss über den Antrag von Herrn Jürgewitz abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Für den Antrag stimmen Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann.

Danach stimmen die Ausschussmitglieder über den ergänzten Beschlussvorschlag ab:

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Enthaltung (Herr Jürgewitz) die Anhebung von 16 Stellen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO sowie die Anhebung einer Stelle von Besoldungsgruppe A 15 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 16 BremBesO im Bereich der Ortpolizeibehörde zum 01.01.2022 und bittet die Stadtverordnetenversammlung einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

Auszüge: Amt 11/2, Amt 11/7, Amt 90

4.2. Personalbericht 2018 - 2020

72/2021

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr Freemann, Herr Grantz, Herr Jürgewitz, Herr Kaminiarz, Frau Kirschstein-Klingner, Herr Ventzke

Es gibt eine Diskussion zu dem festgestellten Anstieg der Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren.

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt von dem Personalbericht 2018 – 2020 Kenntnis.

Auszüge: Amt 11/7

4.3. Verlängerung des 0,256 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes für das Amt für Sport und Freizeit

74/2021

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mehrheitlich mit einer Enthaltung (Frau Tiedemann) und einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz), vorbehaltlich der Fortführung des Soforthilfeprogramms „Sport“ sowie einer gleichlautenden Beschlussfassung des Ausschusses für Sport und Freizeit, für das Amt für Sport und Freizeit die Verlängerung des überplanmäßig anerkannten 0,256 Bedarfes (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) über den 31.01.2022 hinaus, befristet längstens bis zum 31.12.2022.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 52

4.4. Einrichtung von 108,0 überplanmäßigen Stellen zur Unterstützung der Schulen bei der Bewältigung der Coronapandemie und Verlängerung von 17,0 befristet überplanmäßig anerkannten Bedarfen für den Einsatz von Erzieher:innen an Schulen im Primarbereich (Pädagogische Unterstützungskräfte – PUK)

75/2021

Diskussionsteilnehmer:innen: Herr Grantz, Herr Polansky, Frau Tiedemann

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann) der Magistratsvorlage Nr. IV/42/2021 zu folgen und vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur sowie vorbehaltlich der Finanzierung, für das Schulamt 108,0 überplanmäßige Stellen für eine Tätigkeit der dargestellten Bausteine, befristet bis zum 31.07.2023, zu bewilligen sowie 17,0 überplanmäßig anerkannte Bedarfe (Erzieher:innen an Schulen, Entgeltgruppe S 4 - S 8a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) über den 31.12.2021 hinaus, befristet bis zum 31.07.2023, zu verlängern.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 40

- 4.5. Anerkennung eines befristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes für das Schulamt, Lagerverwalter:in an den Berufsbildenden Schulen 76/2021**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Enthaltung (Frau Tiedemann) und einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz) die Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für das Schulamt (Lagerverwalter:in, Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) befristet bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 40

- 4.6. Anerkennung von zwei befristeten 0,5 überplanmäßigen Bedarfen für das Aktionsprogramm des Bundes "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" 77/2021**
Hier: Ausweitung des Bundesprogramms "Sprach-Kitas"

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Herr Jürgewitz), vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung durch Drittmittel, die Anerkennung von zwei 0,5 überplanmäßigen Bedarfen für Sprachförderkräfte (Entgeltgruppe S 8b TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet für die Dauer der Förderung für das Amt für Jugend, Familie und Frauen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 51

- 4.7. Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für den Ausbau der Systembetreuung im Bereich der Personalinformationssysteme 78/2021**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mehrheitlich mit einer Enthaltung (Frau Tiedemann) und zwei Gegenstimmen (Frau Fensak und Herr Jürgewitz) für das Personalamt einen 1,0 überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Ausbau der Systembetreuung im Bereich der Personalinformationssysteme der Gehaltsabteilung des Personalamtes. Zum Stellenplan 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7

- 4.8. Anerkennung eines unbefristet 1,0 überplanmäßigen Bedarfes Stadtangestellte:r mit Schreibverpflichtung für das Stadtplanungsamt 79/2021**

Diskussionsteilnehmer:innen: Frau Fensak, Herr Freemann, Herr Grantz, Herr Kaminiarz, Frau Tiedemann, Herr Ventzke

Frau Fensak erklärt, sie könne nicht nachvollziehen, warum hier eine neue Abteilung gegründet werden müsse. Herr Grantz erklärt, dass im Stadtplanungsamt in allen Bereichen

das Personal knapp und das Amt für viele Aufgaben wie z. B. die Bebauungsplanung oder die Verkehrsentwicklung zuständig sei, daher sei jeder einzelne Bedarf begründet. Frau Tiedemann fragt, warum diese Stelle unbefristet sein müsse und stellt fest, dass durch die hier angestrebte unbefristete Schaffung einer überplanmäßigen Stelle Zwang auf den Stellenplan ausgeübt werde. Herr Grantz teilt mit, dass er davon ausgehe, dass später im Stellenplan eine entsprechende Stelle geschaffen werde. Frau Tiedemann entgegnet, dass sie sich vielleicht falsch ausgedrückt habe und stellt klar, dass nach ihrer Auffassung durch diesen Beschluss für das kommende Jahr eine Stelle im Stellenplan geschaffen werde. Herr Grantz betont, dass dafür ein weiterer Beschluss notwendig sei. Herr Kaminiaz erkundigt sich, warum dieser Beschluss vorbehaltlich des Beschlusses des Fachausschusses erfolgen soll und stellt gleichzeitig fest, dass der Fachausschuss in diesem Jahr nicht mehr tagen werde. Er fragt, warum hier kein Stellenplanantrag gestellt werde. Auch sei er skeptisch in Bezug auf die neue Abteilung. Nach seiner Meinung wolle der Baustadtrat, dass so viel gebaut werde, wie möglich. Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Koalition diese Stelle anders bewerte. Sie werde benötigt und stelle eine Unterstützung des Amtes z. B. bei der Wohnraumschaffung dar. Herr Ventzke weist darauf hin, dass der Sachstandsbericht zeigt, dass es viele unbesetzte Stellen im Baubereich gebe und diese Stelle mit Schreibverpflichtung sei nach Auffassung der Koalition notwendig zur Unterstützung. Herr Freemann stellt klar, dass es um das Stadtplanungsamt gehe, für das der Bürgermeister zuständig sei und nicht der Baustadtrat. Herr Kaminiaz erklärt, dass er dies wisse, allerdings gehe es doch um Baulandgewinnung. Dies sei eine Auswirkung des Credo des Baustadtrates „Bauen, Bauen, Bauen“.

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mehrheitlich mit sechs Gegenstimmen (Frau Coordes, Frau Fensak, Herr Jürgewitz, Herr Kaminiaz, Frau Stephan-Titze und Frau Tiedemann), vorbehaltlich der Zustimmung des Bau- und Umweltausschusses, die Anerkennung eines unbefristeten 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Stadtangestellte:r mit Schreibverpflichtung, Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung)).

Zum Haushalt 2024/25 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 61

4.9. Personalentwicklung: Qualifizierung für den höheren Dienst 81/2021

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt Kenntnis davon, dass Mitarbeitenden des Magistrats, die zur Erlangung der Qualifikation für den höheren Dienst, gleich welcher Fachrichtung, ein berufsbegleitendes Masterstudium absolvieren, unter Fortzahlung des Entgelts bzw. der Besoldung, Dienstbefreiung für Präsenzphasen des Studiums gewährt wird. Eine darüberhinausgehende Unterstützungsleistung seitens des Magistrats findet nicht statt.

Auszüge: Amt 11/5

4.10. Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst 82/2021 hier: Anerkennung weiterer 7,75 überplanmäßiger Bedarfe

Frau Tiedemann erklärt, dass dieser Beschluss über die Anerkennung eines unbefristeten Bedarfs in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung gehöre.

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann) im Rahmen des ÖDG-Paktes für das Gesundheitsamt die nachfolgenden unbefristeten überplanmäßigen Bedarfe:

- 0,5 Bedarfe Sachbearbeiter:in (EG 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich

Bewertung) für die Bereiche Gesundheitsberichtserstattung und Controlling (Abtl. 53/1)

- 1,0 Bedarf Sachgebietsleiter:in (EG 13 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich Katastrophenschutz (Abtl. 53/3)
- 0,75 Bedarf Sachbearbeiter:in (EG P 7 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), abhängig vom jeweiligen Qualifikationsstand, vorbehaltlich Bewertung) (Abtl. 53/3)
- 0,5 Bedarf zahnmedizinische:r Fachangestellte:r (EG 6 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) in der Infektionsschutzabteilung (Abtl. 53/3)
- 1,0 Bedarf stellvertretende:r Abteilungsleiter:in (EG 12 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (Abtl. 53/4)
- 1,0 Bedarf Beschäftigte:r in der Informations- und Kommunikationstechnologie (EG 10 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) (Abtl. 53/1)
- 1,0 Bedarf Stadtangestellte:r (EG 11 TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich ÖGD-Pakt und Digitalisierung (Abtl. 53/1)
- 2,0 Bedarf Stadtangestellte:r (EG 9c TVÖD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Bereich Abrechnungswesen, Zuwendungsrecht und Sozialbestattungen (Abtl. 53/1)

Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt der Befassung des Gesundheitsausschusses sowie der Finanzierung aus Mitteln des ÖGD-Paktes.

Zum Stellenplan 2024/2025 sind entsprechende Stellenplananträge zu stellen.

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 53

4.11. Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen zur Auswertung der sog. Encrochat-Verfahren bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Tischvorlage

84/2021

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt einstimmig für die Durchführung von Encrochat-Verfahren die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für die Ortspolizeibehörde (Entgeltgruppe 11 TVÖD (Entgeltordnung/VKA)).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 90

5. Anträge

6. Anfragen

7. Mitteilungen

8. Verschiedenes

Herr Grantz verweist auf seine Ausführungen zu Beginn dieser Sitzung zu dem Beschluss des Verwaltungsgerichts in der Verwaltungsrechtssache BIW-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven u. a. ./ Personal- und Organisationsausschuss der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven und bittet den Ausschuss darum, dem Rechtsamt und ihm Vollmacht für die Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht zu erteilen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Mitglieder des Personal- und Organisationsausschusses erteilen mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen (Herr Jürgewitz und Frau Tiedemann) dem Ausschussvorsitzenden,

Herrn Grantz, und dem Rechtsamt des Magistrats der Stadt Bremerhaven die Vollmacht, beim Obergerverwaltungsgericht Bremen Beschwerde gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Bremen in der Verwaltungsrechtssache BIW-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven u. a. ./ Personal- und Organisationsausschuss der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven einzulegen.

Auszüge: **Dez. I, I/1, Amt 11, Amt 30**

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Adomeit
Schriftführer